

Rieser Tagesblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Druckpreis
Nr. 20

Telegraph-Adresse
Tagesblatt, Riesa.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 142.

Freitag, 22. Juni 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der postl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Abgabe für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Renger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Zur Weltlage.

* Der Sommer pflegt eine politisch stille Zeit zu sein; von dem diesmaligen wird sich dies aber nicht sagen lassen. Ueberall sind Vorkämpfer in Menge vorhanden, überall stehen wichtige Entscheidungen bevor und einstweilen wird daher die „laure Curie“ ihre Herrschaft noch nicht antreten können. Zwar in unserem lieben Vaterlande ist es ruhig, auffallend ruhig, obwohl in den Büreaux unserer Reichsämter wieder gearbeitet werden mag. Die Kostenbedingung für die Militärvorlage und die Finanzreform im Reich sind Probleme, die sich nicht so einfach lösen lassen. In der Weinfrage waren sich auscheinend die Regierungen nicht völlig einig, von den anderen in Aussicht genommenen Steuerobjekten hat der Reichstag so manches gestrichen und die Regierung geht daher bei den Einzelstaaten mit dem Matritular-Klingelbeutel herum. Herr W. hat über neue Steuerquellen und am Horizont zeigt sich das Spiritusmonopol, nachdem das königliche Getreidemonopol in der Versenkung verschwunden ist. Aber ein irgendwie klares Ziel, eine klare Absicht läßt sich noch nicht erkennen — es ist auch noch lang, e bis zur Herbstsession des Reichstages, die ans Licht bringen soll, welchen Ausweg aus der Defizitlücke die Regierung vorzuschlagen hat.

In Nachbarreiche Oesterreich hält sich das Koalitionsministerium Windischgrätz wunderbar frisch; das ist aber nur möglich, indem dort keine Fragen angeschnitten werden, in denen die drei verbündeten Parteien nicht einig wären. Die Wahlreform gehört in dieses Gebiet und deshalb verläutet nichts Näheres darüber, wie das Kabinett Windischgrätz diese Frage zu lösen gedenkt. Ungarn hat noch genug der Aufregung durch seine Zivilbegehren-Vorlage und das rekonstruierte Ministerium Weterle wird auf alle Fälle die Ohren steif halten müssen. Italiens Lage ist keine beneidenswerthe. Hatte man einige Tage die Hoffnung, daß das Attentat auf Crispi die Stimmung zu gunsten der jetzigen Regierung beeinflussen werde, so ist diese Aussicht schon wieder stark herabgemindert durch die letzten Verhandlungen des Finanzauschusses der Kammer, der sich wieder sehr widerständig zeigt. Zum Glück für das Land scheinen wenigstens die Dinge in Marokko einen verhältnismäßig glatten Verlauf zu nehmen, so daß Italien nach außen hin nicht von neuem engagiert wird. England scheint geneigt, gegenüber dem Einspruch Deutschlands und Frankreichs in der Congo-Angelegenheit kleinbeizugeben. Der ganze Vertrag dürfte wieder aufgehoben und damit Frankreich die Möglichkeit entzogen werden, seine neuzubildende Sahara-Armee eine Probe bestehen zu lassen. Auch Auslands Freude ist durch die Nachgiebigkeit Englands vermindert; denn die russischen Slavophilen Zeitungen jubelten bereits, daß die europäischen Nationen sich wegen Afrikas bei den Köpfen kriegen und infolgedessen die „Balkanfragen“ links liegen zu lassen gezwungen sein würden. Damit ist es nun erfreulicherweise nichts und die europäische Diplomatie hat im Gegentheil allen Anlaß, dem Verlauf der Dinge in den interessanten Kleinstaat um den Balkan herum ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken. Die auf Aufrechterhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen des Dreibundes sind augenscheinlich vom Glück begünstigt; denn zwei scheinbar sehr gewagte Experimente sind geglückt: in Serbien die Raststellung der radikalen Partei, in Bulgarien die Entfernung Stambulows aus seinem Amte. Der Großsultan hat auch wieder seine Stimme im europäischen Concert vernahmen lassen; er hat die Reise des thronbestürzten jungen Vizekönigs von Aegypten nach London hintertrieben und den jungen Herrscher des Nillandes nach den Gestirnen des Bosphorus beschieden, wofin sich auch der junge Serbenvizkönig Alexander begiebt. Bedeutung erhält die Reise von Abbas Pascha dadurch, daß England die Äquatorialprovinz Emin Paschas besetzt hat und theilweise an den Congostaat verpacken wollte, obwohl das Land eigentlich zu Aegypten gehört und daher der Oberhoheit des Großsultans untersteht. Daher auch der Protest der Pforte gegen den entsprechenden Theil des Congovertrages, — ein Protest, der in seiner moralischen Wirkung nur geschwächt worden wäre, wenn jetzt der Vizekönig von Aegypten nach London gegangen wäre. Was sonst in Europa auf politischem Gebiet vorgeht, ist für die internationale Lage von untergeordneter Bedeutung. Ob Sagasta in Spanien zurücktritt, weil er der hochschützländerischen Richtung nicht Herr werden kann; ob die Radikalen in Norwegen Beschlüsse

fassen, deren Spitze sich gegen Schweden und den König richtet; ob Belgien und die Niederlande mit ihren Wahlreformen nicht recht vom Flecke kommen — das alles scheidet die internationale Politik nicht an. Dafür sorgt schon glücklicherweise das Gesetz der Trägheit, das auch auf politischem Gebiete volle Geltung hat.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Der Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck läßt, wie man aus Friedrichsruh schreibt, einiges zu wünschen übrig, weshalb Besuche im Allgemeinen nicht empfangen werden. Glücklicherweise ist jedoch kein Grund zu Besorgnissen vorhanden, wofür schon der Umstand spricht, daß die Ueberstehung des Altanzlers nach Paris in nächster Zeit bevorsteht.

Zur Congofrage wird dem „Hamburger Corr.“ aus Berlin von anscheinend offizieller Seite geschrieben: „In den Verhandlungen Deutschlands mit England ist in den letzten Tagen eine erfreuliche Wendung eingetreten. Von dem Augenblick an, wo man in London die Gewissheit erlangt hatte, daß die Reichsregierung aus ihrer Forderung der vollständigen Aufhebung des Art. 3 des Vertrages vom 12. Mai zu bestehen entschlossen sei, hat man freundlichere Saiten aufgezoogen wobei freilich die Befürchtung, daß es schließlich doch zu einer Konferenz, auf der auch die ägyptische Frage in den Kreis der Erörterungen gezogen würde, kommen könne, auch eine Rolle gespielt haben dürfte. Deutscherseits ist bisher ein Konferenzvorschlag nicht gemacht worden. Sobald England ein Konferenzvorschlag nicht gemacht worden, daß sie auf die Stipulation des Artikels 3 des Vertrages, wonach der Congostaat Großbritannien einen 25 km breiten Landstrich, der sich vom nördlichen Hafen am Tanganjika, ausschließlich dieses Hafens bis zum südlichsten Punkte des Albert Edward-Sees erstreckt, zur Verwaltung in Pacht giebt, verzichten, tritt für Deutschland auch die Konferenzidee völlig in den Hintergrund. Wegen die weitere Abmachung über den Bau einer Telegraphenlinie zur Verbindung der englischen Besitzungen in Südafrika mit der englischen Einflußsphäre am Nil ist deutscherseits ein Einspruch nicht erhoben worden. Ob die Anerkennung des deutschen Einspruchs die Verhandlungen Englands mit Frankreich erleichtern oder den Gegensatz zwischen diesen beiden Mächten verschärfen wird, ist schwer zu sagen.“

Das „Wochenblatt“ für die Kreise Neuhaldensleben, Gardelegen und Wolmirstedt veröffentlicht Folgendes: „Strafbeschl. Auf den Antrag der königl. Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Verübung, in Nr. 55 des Jahrgangs 1894 des von Ihnen gedruckten und verlegten Wochenblattes für die Kreise Neuhaldensleben, Gardelegen und Wolmirstedt sich als „verantwortlicher Schriftleiter“ bezeichnet zu haben, während Sie verpflichtet gewesen wären, den Ausdruck „verantwortlicher Redakteur“ zu gebrauchen (Uebertretung gegen §§ 7, 191 des Reichspressgesetzes vom 4. Juli 1874), eine der königl. Staatskasse gebührende Geldstrafe von 3 M. und, im Falle diese nicht beigetrieben werden kann, eine Haftstrafe von 1 Tag festgesetzt. Zugleich werden Ihnen die Kosten mit 1,20 M. auferlegt.“

Ein weiterer Transport von Mannschaften der südwestafrikanischen Schutztruppe soll, wie wir hören, in kürzester Zeit nach Damaraland abgehen. Die Verstärkung ist für den Kolonialinfanterie- und Polizeidienst bestimmt. — Für die in voriger Woche abgegangene Schutztruppe hat Herr Major von Francois bereits Reumontpferde angekauft; es sind dies kleine Steppenpferde, welche ganz besonders für den anstrengenden Dienst im Innern des Weidlandes des deutschen Schutzgebietes geeignet sind. Die Pferde sind vorzüglich dreifüßig und legen sich ähnlich, wie die Rosatenpferde, auf Kommando nieder, um ihrem Reiter beim Liegendschießen als Brustwehr und Schutzwall zu dienen. Die nach Afrika angeworbenen Mannschaften hatten bisher in Inwaldsäulen keine Ansprüche an den Staat zu stellen; das soll jetzt anders werden. Wie wir hören, sind bereits Entwürfe gesetzlicher Bestimmungen auf Wunsch des Kaisers ausgearbeitet, die den afrikanischen Veteranen Pensionsansprüche bei eintretender Dienstunfähigkeit gewähren; der Reichstag dürfte sich schon in der nächsten Tagung mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben.

Durch die Presse gehen allerhand Nachrichten über Änderungen in den hohen preussischen Verwaltungsstellen, bei denen besonders der Oberpräsident von Schlesien, Herr von Seydewitz, und der frühere Kultusminister Graf v. Zedlitz-Trübshler eine Rolle spielen. Es wird sogar behauptet, das preussische Staatsministerium habe sich in der Sitzung am Montag voriger Woche mit der Neubesezung verschiedener hoher Verwaltungsstellen beschäftigt. Alle diese Nachrichten beruhen lediglich auf Vermuthung. Wie dem „B. T.“ von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist es insbesondere unrichtig, daß sich das Staatsministerium in einer der letzten Montagssitzungen mit derartigen Fragen beschäftigt habe.

Gegenüber vielfach widersprechenden Nachrichten und Gerüchten glauben die „Berl. Pol. N.“ bestimmt versichern zu können, daß nach wie vor die Absicht besteht, dem Handwerkerstand Gelegenheit zu geben, sich über den Gesetzentwurf wegen Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk zu äußern, ehe der Bundesrath darüber Beschluß faßt. Der „Reichsanzeiger“ dürfte bereits in den nächsten Tagen den Wortlaut des betreffenden Entwurfs veröffentlichen, wie dies ja auch bei den früheren sozialpolitischen Gesetzentwürfen geschehen ist.

Rußland. Das Leben des Zaren soll, wie man der „St. P.“ aus Petersburg schreibt, neuerdings wieder bedroht gewesen sein. Der Zar entschloß sich zur Ernennung des Generals Tscherewin zum Ober-Aufscher aller Sommer- und Winterpaläste der kaiserlichen Familie nicht nur wegen der durch die Entdeckung der jüngsten nihilistisch-anarchistischen Mordanschläge bei Hofe hervorgerufenen natürlichen Besorgnis, sondern vor Allem wegen mehrerer beunruhigenden Streiche, die dem Kaiser in den letzten Tagen von den Revolutionären gespielt wurden, die gegenwärtig in Rußland thätiger zu sein scheinen, als jemals. Als er sein Arbeitszimmer betrat, fand der Kaiser auf dem Schreibtische unter einer Anzahl zu unterzeichnender Schriftstücke ein Todesurtheil „gegen den Zaren aller Rußen“, das innerhalb 24 Stunden vollstreckt werden sollte. Das Schriftstück trug den Stempel: „Gesellschaft zur Befreiung der Rußen.“ Man konnte nicht entdecken, wer das Schriftstück auf den Tisch gelegt hatte. Wenige Tage nachher fand der Zar in einem Schlafzimmer einen Schädel; die Strickmohren trugen die Inschrift: „Alexander.“ General Tscherewin hat sein schwieriges Amt damit begonnen, daß er fast alle Diener in den Palästen zu Petersburg, Peterhof, Livadia u. s. w. entließ und sie durch gewesene Soldaten ersetzte, die militärisch organisiert wurden. Außerdem hat er die kaiserlichen Paläste und Gärten genau besichtigt, um festzustellen, ob sich in denselben nicht geheime unterirdische Gänge befinden.

China. Die Pestepidemie in China greift, einem Telegramm des Bureau Reuter aus Hongkong zufolge, immer weiter um sich. Es ist schwer, Kultus zur Beförderung der Leichen zu bekommen. Sehr häufig haben die britischen Polizeibeamten selbst die schwarzen toten Körper in die Särgen legen müssen. Viele Chinesen, die von der Krankheit ergriffen worden sind, weigern sich auch, sich in die Hospitäler schaffeln zu lassen. Die Eingeborenen suchen ihr Heil in ihren abergläubigen Ceremonien. Tag und Nacht marschiren sie durch die Straßen. Sie tragen Joh und drängen Feuerwerk ab, um die bösen Geister zu versöhnen. In Canton haust die Epidemie furchtbar. Der Vizekönig, der Gouverneur und die oberen Beamten haben öffentlich den bösen Geistern geopfert, um dadurch das Umsichgreifen der Seuche zu verhindern. Die Pest ergreift ebensowohl Thiere. In Canton hat man 21,000 todt Ratten aufgesammelt und begraben. Von der furchtbaren Gewalt der Pest mag das folgende Beispiel Zeugnis geben. Von einer Familie starben acht Personen an der Krankheit. Nur ein kleines Mädchen blieb verschont. Da brach ein Dieb in das Haus ein. Das erschreckte Kind sagte ihm, er möge nur Alles nehmen, was er wolle, wenn er nur Särge für die todt Eltern und Geschwister kaufen wolle. Als der Dieb zurückgekehrt war mit den Särgen, fand er das Mädchen auch todt, und während er das Haus plünderte, wurde er selbst von der Pest ergriffen.

Marokko. Der verstorbene Sultan Mulay Hassan ist auf dem Sallah Friedhofe in Rabat begraben worden. Das Leichenbegängniß war eindrucksvoll. Der Sarg wurde von Tadzla, wo der Sultan starb, von Maulefeln nach Rabat gezogen. Während der ganzen Fahrt wurde der große Sonnenschirm, das Zeichen der Gewalt, über den Sarg gehalten.